

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Postlohn 2 M.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haackstein & Vogler, G. B. Daube, Invalidenten, Berlin, Bern, Brüssel, Mar. Gerlingmann, C. H. Thies, Halle a. S., Jul. Bard & Co., Hamburg, William Witten, In Dresden, Hamburg und Frankfurt a. M. Fein. Kister. Kopenhagen, Aug. J. Wolff & Co.

Die Entwicklung von Kantschau.

Dem Reichstag ist gestern eine Denkschrift über die Entwicklung von Kantschau zugegangen. In der Einleitung heißt es: Mit dem Abschluß des deutsch-chinesischen Vertrages vom 6. März 1898 wegen Ueberlassung von Kantschau erreichte der bis dahin bestehende Okkupationszustand sein Ende. Erst von diesem Zeitpunkt ab konnte man mit Hilfe der von den gegebenden Faktoren bewilligten Geldmittel eine planmäßige Organisations- und Verwaltungstätigkeit in dem neuen Schutzgebiete einleiten. Bei allen Maßnahmen der Marineverwaltung in Kantschau hat der wirtschaftliche Gesichtspunkt im Vordergrund gestanden. Entscheidend für die Zukunft des Platzes ist — unbeschadet seiner militär-maritimen Bedeutung als Flottenstation — in erster Linie seine Entwicklung als Handelskolonie, als wichtiger Stützpunkt der deutschen Kaufmannschaft in Ostasien für die Erschließung eines weiten Hinterlandes. Aus diesem leitenden Gedanken ergaben sich zweierlei Verwaltungsgrundsätze: einmal größtmögliche Selbstständigkeit des Gouvernements gegenüber den heimischen Behörden, sodann größtmögliche Zurückhaltung der staatlichen Organe bei Maßnahmen auf dem Gebiete von Handel und Industrie, Zollfreiheit und grundsätzliche Gewerbefreiheit; Zurücktreten der staatlichen Verwaltung zu Gunsten weitgehender Selbstverwaltung nach Maßgabe der fortschreitenden Entwicklung des Schutzgebietes.

Der 1. Abschnitt der 4 Abschnitte der Denkschrift behandelt den Grundbesitz. Das deutsche Pachtgebiet umfaßt über 540 Qkm mit etwa 60 000 bis 80 000 chinesischen Bewohnern. Eine Zählung derselben hat sich bisher nicht vornehmen lassen, da sie in zahlreichen kleinen und zerstreut liegenden Dörfern wohnen, teilweise auch ihren Wohnsitz wechseln. Weiter schildert dieser Abschnitt die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche für die deutsche Verwaltung aus dem Widerstreit theoretischen Überlegungen des chinesischen Kaisers und praktischen Interesses der Grundbesitzer zählenden Besitzers sowie aus dem Mangel an Grundbüchern ergab. Dem gegenüber mußte in ganz systematischer Weise verfahren werden. Am Tage der Besitzergreifung erließ daher der Chef des Kreuzgeschwaders eine Proklamation, in der bis auf Weiteres die Veräußerung an Grund und Boden verboten wurden. Hierfür trat eine freiwillige, vertragmäßige Abmachung mit den Chinesen ein. Auf Grund derselben wurde den Einwohnern der einzelnen Dörfer der doppelte Betrag der chinesischen Jahresgrundsteuer als eine Art Prämie gezahlt, wogegen sich dieselben verpflichteten, ihr Land an keinen Anderen als an die deutsche Regierung zu verkaufen. Soweit das Land seitens der Regierung wirklich gekauft wurde, sollte der ortsübliche, d. h. der vor der Besitzergreifung bestehende Preis dafür gezahlt werden. Bis zum Ablauf des Jahres sollten die jetzigen Eigentümer ruhig darauf sitzen und daselbst bestellen dürfen. Angesichts der oben geschilderten, überaus verwickelten und komplizierten Grundbesitzverhältnisse war es eine unendlich mühsame Arbeit, diesen Vertrag mit den Interessenten zu schließen. Das Vorwurfsrecht auf den überwiegenden Teil des in Betracht kommenden Gebietes ist nunmehr gesichert. Endgültig erworben hat das Gouvernement bisher nur diejenigen Grundstücke, welche für die Befriedelung in nächster Zeit in Betracht kommen. Nach dem Maße der verfügbaren Mittel wird mit dem Landwerb fortgefahren. Die Regierung behält nur diejenigen Grundstücke als Eigentum, welche zur Anlage von Straßen, Plätzen, Hofanlagen, öffentlichen Gebäuden und Befestigungsanlagen erforderlich sind.

Der 2. Abschnitt handelt vom Handel, Gewerbe und Verkehrswesen. Der Freihafen ist am 2. September 1898 dem Handel aller Nationen geöffnet worden. Das Freihafengebiet umfaßt das gesamte deutsche Pachtgebiet. Mit der Öffnung des Hafens ist vom Gouverneur auf ausdrücklichen Wunsch der in Kantschau vertretenen Firmen gewartet worden, bis dessen die Landfrage geordnet und dadurch die Basis für definitive Niederlassungen ermöglicht und namentlich bis der Zollverkehr mit dem chinesischen Hinterland geregelt war. Die Freigabe der Einfuhr in das kleine deutsche Pachtgebiet konnte für den Kaufmann naturgemäß erst dadurch erhebliche Bedeutung gewinnen, daß ihm die Möglichkeit geboten wurde, seine Waren weiterhin unter günstigen Zollverhältnissen über die chinesische Grenze gelangen zu lassen. Entsprechend liegen die Verhältnisse für den Ausfuhrhandel Kantschaws.

Im Anschluß an die Zollverhandlungen war auch die Behandlung des Opiums in Kantschau zu regeln. Der Standpunkt gänzlicher Prohibition ist hierbei nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse von vornherein unmöglich, so lange im ganzen übrigen China und auch in den Kolonien anderer europäischer Staaten daselbst das Opium zugelassen wird. Ein Verbot der Einfuhr hätte mit Bestimmtheit zu einem ausgehenden und gefährlichen Schmuggel geführt, zu welchem eine Waare wie Opium, einerseits wegen ihres geringen Volumens und Gewichtes, andererseits wegen ihres hohen Wertes, in besonderer Weise anreizt. Ferner hätte alsdann die Gefahr bestanden, daß sich außerhalb des Schutzgebietes, dicht an den Grenzen desselben, Opiumhändler und Opiumhändler aufhalten, über welche der Gouverneur keinerlei Kontrolle hätte ausüben können. Dem gegenüber war es vorzuziehen, im deutschen Gebiete selbst das Opium in einer beschränkten Anzahl von Verkaufsstellen zuzulassen, diese unter starker polizeiliche Beobachtung zu halten und den Verbrauch durch eine starke Abgabe zu erschweren. Die Höhe dieser Abgabe bestimmt sich gleichfalls nach dem obigen Gesichtspunkte: dieselbe muß mit dem Betrage übereinstimmen, den das nach dem chinesischen Hinterlande bestimmte Opium zu zahlen hat; denn würde die Abgabe für das deutsche Gebiet höher sein als die für das dortige, so würde sofort die Gefahr des Schmuggels aus dem Hinterlande eintreten; würde aber die deutsche Abgabe hinter jenem Betrage zurückbleiben, so würde ein Anreiz zum Schmuggel in umgekehrter Richtung gegeben sein.

Dem wichtigsten künftigen Ausfuhrgegenstand Kantschaws, nämlich der in Schantung zu gewinnenden Kohle, ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dem Gouverneur ist ein

höherer Bergbau-Beamter angetraut, der das Vorkommen von Mineralien sowohl innerhalb des deutschen Gebietes als auch in dem chinesischen Schantung zu untersuchen hat und dem später auch die Ausübung der staatlichen Rechte gegenüber den sich bildenden Privatunternehmungen zufallen wird.

Was die Justizverhältnisse betrifft, so bildet die Grundlage der Rechtsverhältnisse der Kantschau der Reichstag vom 27. April 1898, durch den Kantschau zum Schutzgebiete erklärt wurde. Dadurch wurde das Reichsgesetz, betr. die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 15. März 1888 auf Kantschau anwendbar. Den besonderen örtlichen Bedürfnissen des neuen Gebietes wurde Rechnung getragen durch die in Gemäßheit des letzterwähnten Gesetzes erlassene kaiserliche Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in Kantschau, vom 27. April 1898. An demselben Tage wurde hierzu eine Ausführungs-Verordnung des Reichskanzlers erlassen. Dem Eingangs aufgestellten Grundsätze weitreichender Selbstverwaltung des Gouverneurs ist auch auf dem Gebiete der Justiz entsprochen. In der vorgenannten kaiserlichen Verordnung bzw. der Ausführungs-Verordnung des Reichskanzlers ist — immer im Rahmen des Reichsgesetzes vom 15. März 1888 — für diejenigen Rechtsgebiete, welche ihrer Natur nach zu ihrer zweckmäßigen Ordnung Erfahrungen an Ort und Stelle voraussetzen, dem Gouverneur das Verwaltungsrecht verliehen.

Die weiteren Abschnitte der Denkschrift behandeln das Kirchen- und Schulwesen, technische Anlagen, Gesundheitswesen, Vermessung und Steuern. Wir heben aus der Fülle des Gebotenen folgende besonders interessante Absätze heraus:

Wenn die gesundheitlichen Verhältnisse bis jetzt noch nicht als zufriedenstellend zu bezeichnen sind, so ist dies eine in den Anfängen jeder Kolonie wiederkehrende Erscheinung; besonders kommen hierbei die bis herigen, völlig unzureichenden Wohnungsverhältnisse und zum Teil auch der Mangel an gutem Trinkwasser in Betracht. Mit Beseitigung dieser Uebelstände ist gleichzeitig eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Kolonie bis zu dem Grade zu erwarten, daß sie denen in der Heimat nicht wesentlich nachstehen. Futur wird sogar später recht wohl als Erholungsort für die in den südlicheren Häfen erkrankten Europäer, wenigstens im Frühjahr und Herbst, dienen können.

So günstig sich die wirtschaftlichen Ausichten des Kantschau-Gebietes für die Zukunft auch darstellen, wird es sich für die nächsten Jahre doch nicht vermeiden lassen, daß das deutsche Reich durch einen Aufschwung den Hauptteil der Kosten für die Anlagen und die Verwaltung des Schutzgebietes trägt. Es würde gerade in dem ersten Entwicklungsstadium der jungen Kolonie ein schwerer Fehler sein, durch eine Säufung von Steuern und Abgaben die Einkünfte zu steigern zu wollen, da dies das Vereintrüben von Handel und Gewerbe ernstlich gefährden und damit die Steuerkraft des Gebietes dauernd schwächen würde. Ein Ausgleich für die vom Reiche aufgewendeten Beträge wird für die ersten Jahre im Wesentlichen nur darin erblickt werden können, daß durch das Schutzgebiet und sein weites Hinterland ein neues Absatzgebiet für den deutschen Handel und die deutsche Industrie geschaffen wird. Unbeschadet des vorstehenden Grundgedankes ist aber von der Verwaltung von Anfang an das Augenmerk darauf gerichtet worden, der Kolonie eigene Einnahmequellen zu erschließen, wobei aber immer daran festgehalten ist, jeden empfindlichen Steuerdruck zu vermeiden und vor allem nicht die Höhe der Auflagen der älteren Handelsplätze der Höhe zu erreichen. Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze hat der Gouverneur am 2. September 1898 eine Verordnung betreffend die Erhebung von Steuern und Abgaben erlassen, die hier des Näheren nicht ausgeführt werden soll. Sie betrifft den Opiumhandel, Leuchtfeuerabgaben, Grundsteuer, Zölle, Zölle, Gewerbesteuer u. s. w.

Der Denkschrift ist eine Reihe von Kartenanlagen, Tafeln zur Flora, eine militärisch-geographische Beschreibung der Grenzen u. s. w. beigefügt, die einen interessanten Einblick in die orographischen Verhältnisse sowie in die geplanten baulichen Maßnahmen gestatten.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Deputierte Grouffet richtete an den Generalprokurator Manau einen Brief, in welchem er Manau ersucht, vom Generalstab die Herausgabe des apokryphen Briefes Kaiser Wilhelms zu fordern, der in den ausgeteilten geheimen Akten liegt. Dieser falsche Kaiserbrief existiert in der That und der Inhalt desselben müßte dem Jaren, der Königin von England, dem Kaiser von Oesterreich sowie den Königen von Italien und Belgien bekannt sein.

Die Interpellationen bezüglich des Drehfuß-Handels werden sämtlich sofort durchverhandelt werden, damit dann die Budgetdebatte ununterbrochen durchgeführt werden könne.

Die Situation wird gegenwärtig durch die jenseitigen Aussagen des Gruniniers Barthou vor dem Kassationshof beherrscht. Der „Temps“ bestätigt, daß Barthou als Minister du Puy, Esterhazy und Marguerite Pons durch besondere Defektus beobachtet wird. Das Resultat war, daß alle drei fortwährend geheime Zusammenkünfte abhielten. Die Machenschaften des Trios, denen Boisdeffre nicht fernstand, scheinen also endgültig aufgeflogen.

Der Zwischenfall Barb-Beaurepaire ist erledigt; die Anschuldigungen der Nationalisten sind durchweg grundlos; der morgige Ministerrat erhält die Mitteilung von den Ergebnissen der Enquete.

Der Kassationshof vernahm gestern den Hauptmann Guinet. — Der Advokat Esterhazy's, Cabanes, erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der Kassationshof habe an Esterhazy die einfache Aufforderung ergehen lassen, am 17. d. M. als Zeuge zu erscheinen; er, Cabanes, habe Schritte getan, um Esterhazy freies Geleit zu erwirken, er wisse jedoch noch nicht, ob seine Bemühungen Erfolg gehabt haben, und auch nicht, ob Esterhazy einwilligen wird, als Zeuge zu erscheinen, denn als Zeuge könnte er sich vor dem Kassationshof nicht bezüglich der gegen ihn erhobenen Anklage verteidigen.

„Kappel“ zufolge hat der Kassationshof beschlossen, noch eine andere frühere Geliebte Esterhazy's, ein gewisses Fräulein J., zu verhören.

Das Zuchtpolizeigericht verurteilte einen Anarchisten Namens Lucas, welcher einen Polizeibeamten bei der Verarmung von Revisionisten in dem Saal Pré aux Clerg durch Revolververletzungen verwundet hatte, zu sechs Monaten Gefängnis.

Aus dem Reiche.

In der gestrigen Berliner Stadtverordneten-Versammlung brachte Stadtvorordneter Vorsteher Dr. Langerhans zunächst folgendes **Dankschreiben des Kaisers** zur Verlesung: Die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin haben Mir zum Beginn des neuen Jahres freundliche Glückwünsche und unverbrüchliche Ergebenheit in der Adresse vom 31. Dezember n. Js. zum Ausdruck gebracht. Ich bin hierdurch um so angenehmer berührt worden, als Ich diesmal zu Meinem schmerzlichen Bedauern verhindert war, am Neujahrstage in Meiner Hauptstadt zu weilen und Mich der huldvollen Grüße und Kundgebungen zu erfreuen, wie Sie Mir von der Berliner Bürgererschaft an diesem Tage stets in besonders herzlicher Weise entgegengebracht worden sind. Ich danke den Stadtverordneten bestens und wünsche der Berliner Bürgererschaft auch im neuen Jahre reichen Segen. Potsdam, den 4. Januar 1899. Wilhelm R.

Prinz Dr. **Wag von Sachsen** ist, nachdem er die Feiertage zu Hause in Dresden verlebte, nach Nürnberg zum Antritt seiner Pflichten gesehrt. Der Prinz hat jedoch keine eigentliche Sturkstelle inne, macht niemandem vom Klerus Konkurrenz und befreit Alles aus Eigenem. Sehr günstig für die sächsische Staatskasse gestaltet sich der fromme Sinn des Prinzen, denn er ist jetzt der alleinige sächsische Prinz, welcher ohne Abgabe ist. Der neueste Staatshaushalt für Sachsen notiert für Prinz Georg und Familie: Prinz Georg 262 083 Mark, Prinz Friedrich August (Thronfolger) 200 000 Mark, Prinz Johann Georg 100 000 Mark, Prinz Albert (Jüngerer) 50 000 Mark, Prinz Wag verlangt nicht einmal die Stabilitätskosten, wozu er einmalig mit 24 668 Mark begünstigt wäre. In Sachsen berechnet man die einzelnen Hofausgaben sehr genau, so für den König 3 052 300 Mark, für die Königin extra an Schatzkammerbedürfnissen, Garde- und Hofausgaben 90 000 Mark. König Albert erbt bekanntlich vom letzten Herzog von Braunschweig das erbtinrichliche Schloß zu Söhlde. — **Herzog Dr. Karl in Bayern** wurde zum Ehrenmitglied der Petersburger medizinischen Akademie ernannt. Der Herzog, der in diesem Jahre das sechzigste Lebensjahr vollenden dürfte, praktiziert jetzt in seiner Münchener Klinik. Sein Vater und ebenfalls doctor medicinae, der Prinz Dr. Ludwig Ferdinand, ward zum Neujahrstage General der Kavallerie à la suite; Frontdienst machte er nur wenige Monate als Lieutenant, während der Herzog Karl noch als Major in der Kavallerie kommandierte. Auch Prinz F. Ferdinand ordiniert, jedoch in seinem Münchener Palais, und an den Wänden der Ordinarier der Münchener Universitätsklinik nimmt er fast tagtäglich Theil. In den letzten Monaten aber hat sich der Prinz wegen ansteckender Krankheiten bei seinen Kindern, nahezu völlig vom Hof- und Privatverkehr abgeschieden müssen. — Der Geheimen Ober-Justizrat **Kammergerichtsrath a. D. Gottschewski** ist gestorben. Derselbe hat dem Staate in verschiedenen Dienststellungen, zuletzt als Mitglied des Geheimen Ober-Tribunals und nach Auflösung dieses Gerichtshofes als Kammergerichtsrath hervorragende Dienste geleistet, bis im Jahre 1894 zunehmende Kränklichkeit seinem langjährigen Wirken ein Ziel setzte. — Der Umwandlung der **Landgemeinde Hildorf** in eine Stadt wird zum 1. April, spätestens 1. Mai d. J. entgegengesehen, je nach dem Zusammentritt des Provinziallandtags. — Bei der gestern in **Breslau** vorgenommenen Wahl eines **Stadtverordnetenvorsehers**, in welcher der freisinnige Geheimrat Freund wiedergewählt wurde, gingen bemerkenswerthweise als Gegenpartei konservative und Zentrum geschlossen zusammen. — Der Deutsche Landwirtschaftsrath hat eine Denkschrift über die **Frage der Fleischnot** im Jahre 1898 ausgearbeitet und dieselbe den deutschen Staatsregierungen mit der Bitte unterbreitet, keine weitere Öffnung der Grenze für die Einfuhr von lebendem Vieh zu gestatten und eine strenge hygienische Kontrolle über die Einfuhr von Fleischprodukten einzuführen. — Das Gemeindefolium zu **Fürth** lehnte den sozialistischen Antrag auf Einführung allgemeiner **Wahlrechtlichkeit** an der Volksliste ab, nahm aber gegen die Stimmen der Liberalen den demokratischen Antrag an, die Unentgeltlichkeit der Wahlmittel stufenweise einzuführen und damit zunächst bei den unteren Klassen zu beginnen.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Gegen den Jesuiten-antrag des Zentrums hat der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes an den Bundesrat folgenden Protest gerichtet:

„Dem hohen Bundesrathe überreichen wir hiermit einen feierlichen Protest gegen den seitens der Zentrumsparthei von Neuem eingebrachten Antrag auf Wiederzulassung des Jesuitenordens in deutschen Reich. Wir glauben, diesen Protest erheben zu dürfen, nicht bloß in unserem Namen, sondern im Namen von Hunderttausenden unserer Mitbürger, Protestanten und Katholiken. Dieselben haben diesen Protest mehr als einmal in Massenerklärungen und Masseneingaben erhoben, und es ist nicht von ihnen zu verlangen, daß sie denselben jedes Mal wiederholen, so oft es dem Zentrum gefällt, unser Vaterland mit diesem verderblichen Antrage zu bedrohen. Die Überzeugungen, welche einst zum Erlaß des Jesuitengesetzes geführt, haben sich im deutschen Volk nicht geändert und nicht ändern können. Das der Jesuitenorden seit drei Jahrhunderten die Loosung eines unersöhnlichen Völkergesetzes gegen das evangelische Bekenntnis auf seine Fahne geschrieben hat, daß er mit seiner Morallehre und Weichheitslehre katholische Völker vergiftet und an den Rand des Ver-

berbens geführt hat, daß ihm die höchste Autorität der katholischen Kirche das Urtheil der Unvereinbarkeit mit dem Frieden der Christenheit und darum das Todesurtheil gesprochen hat, und daß er seit seiner Wiederherstellung kein Anderer geworden ist als er zuvor war, das wissen die geschichtlich Gebildeten in Deutschland und der hohe Bundesrat weiß es auch. Wie immer der Beschluß des Reichstages ausfalle, wir bitten um der Wohlfahrt und des Friedens unseres Vaterlandes willen, auf dem Ausschluß der jesuitischen Ordensthätigkeit vom deutschen Reiche zu beharren, keine weitere Abbröcklung vom Jesuitengesetz zuzugestehen und den etwaigen Majoritätsanträgen auf Aufhebung oder Einschränkung des Gesetzes eine solche Antwort zu geben, durch welche der immer wieder aufregenden Agitation wider dasselbe ein Ende gemacht wird.“

— Vom Abgeordneten Gröber (Zentrum) und Genossen ist dem Reichstag nachstehender Initiativantrag zugegangen: Der Reichstag wolle beschließen: Die Geschäftsordnungs-Kommission mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob und in welcher Weise die Unterschriften der beim Reichstag eingelaufenen Petitionen gegen Bekanntgabe an Personen, welche dem Reichstag nicht angehören, sichergestellt werden sollen. — Der Antrag hat seinen Grund in Vorankündigung während der vorigen Reichstags-Sitzung. Es waren damals verschiedene Petitionen von Eisenbahnbeamten um Verrückung an den Reichstag gekommen. Die Eisenbahnbeamten, welche die Petitionen unterschrieben hatten, waren dann später von den Behörden gemeldet worden. Bei Beratung dieser Petitionen im Reichstage war damals schon von verschiedenen Seiten angeregt worden, die Unterschriften unter den Petitionen den Regierungsvertretern nicht mehr mitzutheilen.

— Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Plenarsitzung in der sippigen Thronfolgeangelegenheit beschlossen: 1. daß — nachdem die fürstlich schauenburg-lippische Regierung der fürstlich lippischen Regierung das Recht bestritten hat, die Thronfolge in Lippe mit den gegebenden Faktoren des Fürstenthums selbstständig zu regeln, nachdem die fürstlich lippische Regierung abgelehnt hat, diesem Einspruch der fürstlich schauenburg-lippischen Regierung Folge zu geben, und nachdem hierauf die fürstlich schauenburg-lippische Regierung die Entscheidung des Bundesrats angeregt hat — die Zuständigkeit des Bundesrats zur Erledigung der Streitigkeit nach Artikel 76 Absatz 1 der Reichsverfassung begründet ist; 2. daß zur Zeit kein hinreichender Anlaß zu einer sachlichen Erledigung gegeben sei, da ein mit den Ansprüchen schauenburg-lippes unvereinbarer Fall der Thronfolge oder Regentenschaft in Lippe nicht vorliegt; 3. daß durch diesen Beschluß einer späteren Entscheidung über die Wirksamkeit der Akte der lippischen Landesregierung gegenüber den von schauenburg-lippe erhobenen Thronfolge- und Regentenschaftsansprüchen nicht vorgegriffen werde; 4. daß auf eine Würdigung aller weiteren an den Bundesrat in dieser Sache gelangten Anträge, Erklärungen und Schriftsätze nicht einzugehen sei. Einem Antrage, betreffend die Feststellung des Angehörigkeits von Reichsbeamten, wurde die Zustimmung ertheilt und von der Nachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten für 1897, sowie von einer Nachweisung der Veränderungen im Bestande des als Eigentum des Reiches festgestellten Grundbesitzes Kenntnis genommen. — Die Zuständigen Ausschüsse wurden überwiesen: eine Mittheilung des Reichstagspräsidenten, betr. die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze; der Gesetzentwurf wegen einiger Veränderungen von Bestimmungen über das Postwesen; der Entwurf von Vorschriften über die Zulassung zur Führung von Hochseilgeräthfahrgängen in kleiner und in der Seilbahnfahrt; der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Postgesetzes vom 14. März 1875; der Entwurf von Bestimmungen über die Beförderung von lebendem Geflügel auf Eisenbahnen; die Vorlage, betr. die Vertreibung von Korporationsrechten an die mit dem Siege in Hamburg errichtete „Gesellschaft Südamerica“; endlich die Gesetzentwürfe für Glas-Lochungen über die Errichtung einer Pensions-Versicherung, Wittwen- und Waisenrente für die Förster zc., über die Disziplin der Richter und über die Aufhebung der Stationen für die Landesbeamten. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Wie wir berichteten, wird der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Postgesetzes auch eine Erweiterung der steuerfreien Notengrenze der Reichsbank bringen. Es ist voranzugehen, daß aus diesem Anlaß die gleiche Maßregel auch für die außer der Reichsbank noch in Deutschland vorhandenen Privatnotenbanken verlangt werden wird. Nach sicheren Informationen der „Nat.-Ab. Kor.“ ist dieses Verlangen aber nicht nur in dem neuen Gesetzentwurf unerfüllt geblieben, sondern das Reichsgeheimrat würde auch voraussichtlich eher auf eine Erweiterung der steuerfreien Notengrenze für die Reichsbank verzichten, als auf eine derartige Forderung eingehen, und zwar im Interesse einer möglichst weitgehenden Sicherung des deutschen Geld- und Kreditwesens vor bedenklichen Krisen.

— Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Athen meldet, reiste der Vorsitzende der griechischen Finanzüberwachung Law nach Konstantinopel ab. An seiner Stelle wurde der deutsche Vertreter bei der Finanzüberwachung Winkler zum Vorsitzenden gewählt.

— Bei den Angriffen, welche die radikalen Parteien gegen die Regierungsmagazine zwecks Reinigung unserer norddeutschen Grenzgebiete von dänischer Agitation und dänischem Uebermuth führen, scheinen dieselben die Anregungen übersehen zu haben, welche aus dem Volksgewissen zu energigen Maßnahmen drängen. So hat die große in Berlin abgetheilte Landesversammlung der national-liberalen Partei in Preußen am 18. September 1898 einstimmig in ihren Wahlaufsatz den Passus aufgenommen: „Unser Staat hat die Aufgabe, als Wächter für Gesamtdeutschland das herausfordernde Verhalten und das Vordringen des Polentums abzuwehren. Zur Erfüllung dieser nationalen Pflicht haben wir der Regierung die für die deutsche Kolonisation in den Dismarken geforderten großen

Summen bewilligt. Auch unseren Freunden in der Nordmark werden wir in ihrem Kampfe gegen die Dänen kräftig zur Seite stehen. Alle Maßnahmen zur Stärkung des Deutschthums werden wir unterstützen, erwarten aber auch, daß die Politik der Regierung konsequent und fest bleibt.“

— Im Reichsamt des Innern ist am Donnerstag Vormittag die Konferenz zur Revision der medizinischen Prüfungen eröffnet worden. Sie ist von allen deutschen Staaten beschickt worden und liegt deren Verhandlungen die im preussischen Kultusministerium ausgearbeiteten „Materialien zur Revision der medizinischen Prüfungen“ vor. Das Kultusministerium ist zu dieser Arbeit geschritten, nachdem es über die eingeforderten amtlichen Gutachten einen Ueberblick gewonnen hatte. Die Konferenz soll bekanntlich auch die Frage berathen, ob Frauen und Ausländer zum ärztlichen Berufe Zutritt erhalten sollen.

— Die Summe der Entschädigungen, welche im Jahre 1897 in der Unfallversicherung an die Arbeiter und deren Angehörige gezahlt sind, hat sich gegen das Jahr 1896 wieder um etwa 7 Millionen gesteigert. Man kann überhaupt in der Steigerung dieser Entschädigungen gewisse Perioden unterheben, die, je weiter sie von dem Termin des Beginnes der Thätigkeit der Versicherungsgefährten liegen, um so höhere Zunahmebeträge aufweisen. In den Jahren 1886 bis 1888 nahmen die Entschädigungen um je etwa 4 Millionen Mark zu. Sie beliefen sich 1886 auf 1,9 Millionen, 1887 auf 5,9 und 1888 auf 9,7 Millionen. In den folgenden zwei Jahren betrug die Steigerung rund 5 Millionen; denn 1889 wurden 14,5 und 1890: 20,3 Millionen für Entschädigungen verausgabt. Dann folgt eine längere Reihe von Jahren, in denen die jährliche Zunahme sich auf etwa 6 Millionen bezifferte. 1891 wurden 26,4 Millionen, 1892: 32,3 Millionen, 1893: 38,1 Millionen, 1894: 44,3 Millionen und 1895: 50,2 Millionen an Entschädigungen gezahlt. Von da an setzt der Steigerungsbetrag von 7 Millionen ein, indem 1896 die Entschädigungen 57,1 und 1897: 64,0 Millionen betrugen. Man erhebt hieraus, mit welcher Stetigkeit die Ausgaben für die Unfallversicherung, die bekanntlich von den Arbeitgebern allein getragen werden, wachsen. Insgesamt haben die Arbeiter und deren Familien auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze innerhalb der ersten 12 Jahre der Geltung dieses Versicherungs-zweiges nicht weniger als rund 365 Millionen Mark in Empfang nehmen können.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Januar. Im niederösterreichischen Landtage kam es anlässlich der Annahme einer Dringlichkeitsanfrage wegen Verbot des Haus- und Handels in Wien zu bewegten Auftritten. Krona-metter sagte, es gebe nicht an, ein Gesetz zu schaffen gegen eine bestimmte Klasse von Menschen. Schneider rief: „Es sind ja nur Juden!“ Krona-metter: „Das ist mit alles eins!“ Schneider: „Juden sind keine Menschen!“ Der christlich-sozialistische Böhmer sagte, die Juden beuteten das christliche Volk mit Schwindel und Betrug aus; daher sei es berechtigt, gegen diese Klasse so aufzutreten. Dr. Omer wies auf die Ergebnisse der Enquete in Deutschland hin, wobei selbst entschiedene Konfessionen sich gegen die Aufhebung des Haus- und Handels ausgesprochen hätten, bedauerte, daß der Landmarschall Ausfälle gegen die Juden ungerügt gelassen habe und nannte die Ausfälle gegen die Juden nichtberättigte Verleumdung. (Beifall links, Lärm rechts.) Der Landmarschall ertheilte Dr. Omer den Ordnungsruf.

Spanien und Portugal.

Madrid, 5. Januar. Ueber die entsetzliche Lage der spanischen Gefangenen auf den Philippinen wird gemeldet, daß mehrere Mönche, welche von den Insurgenten gefangen genommen waren, in Cagayan in Folge von Hunger und Mißhandlungen gestorben sind. Alle gefangenen Spanier wurden ausgeplündert, bestohlen oder ermordet. Das Nonnenkloster in San Gaudiano wurde geplündert, wobei die Nonnen den größten Ver-
lusten ausgesetzt waren.

Amerika.

Washington, 5. Januar. Die Instruktionen, welche Präsident Mac Kinley am 1. Januar an General Dits nach Manila telegraphisch hat, sind heute veröffentlicht worden. Das betreffende Dokument enthält zunächst die Anordnung, betreffend die provisorische Errichtung einer amerikanischen Militärverwaltung auf dem gesamten Archipel und weist sodann den General Dits an, öffentlich bekannt zu machen, daß die Rechte und das Eigentum aller Bewohner des Archipels geschützt werden müssen. Die amerikanische Autorität werde durchgeführt werden, wenn nötig, mit Gewalt, und die betreffenden zivilen und militärischen Obrigkeiten und die Gerichtshöfe würden, so weit als irgend thunlich, im Auge behalten werden. Des Weiteren wird General Dits angewiesen, alle schon im Besitze der Vereinigten Staaten befindlichen Häfen gegen Zahlung von Abgaben dem Handel aller Nationen zu eröffnen, und schließlich aufgefordert, alles in seinen Kräften Stehende zu thun, um den Bewohnern der Inseln zu zeigen, daß die Mission der Vereinigten Staaten eine Mission wohlwollender Assimilation sei, daß die Amerikaner aber mit starkem Arm und ihrer ganzen Autorität alle Hindernisse bezwingen würden, welche sich der Errichtung einer guten und gestifteten Regierung unter der Flagge der Vereinigten Staaten entgegenstellen würden.

Arbeiterbewegung.

Ein Streikjahr. Das Jahr 1899 wird, wie die „Vanguer-Zeitung“ mit Sicherheit in Aussicht stellt, auf dem Dangebiet viele Streiks bringen. Als hauptsächlichste Ursache bezeichnet das genannte Organ des Verbandes der Bau-gewerksmeister die gestiegenen Streiktagen der Bauarbeiter und deren Organisation. Den Arbeitgebern wird der Rath gegeben, da, wo der Streik um die Erhöhung des Lohnes entbrennt, die Berechtigung der gestellten Forderung eingehend zu prüfen und, wo es möglich ist, billiges Entgegenkommen zu zeigen, wenn dadurch nicht die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern geschlossenen Verträge gebrochen werden. Wo aber Verträge geschlossen werden, sei auf strengste

Innehaltung derselben zu achten. Die meisten Ausstände würden aber um Verabreichung der Arbeitszeit unter 10 Stunden und um fogen. Anerkennung der Organisation entbrennen, letzteres bedeute für die Unternehmer nichts Anderes, als eine Vernichtung ihres Rechts, nach freiem Ermessen Arbeitskräfte einzustellen oder zu entlassen. Daher sei es richtig, die Bauverträge recht vortheilhaft abzuwickeln und die Streik-Klausel nicht zu vergessen. Im Uebrigen legt die „Bauteil“-Ztg. die Verantwortlichkeit des Zustandekommens eines starken Arbeiterbundes für das deutsche Baugewerbe, wie vom Innungs-Verband in Breslau beschlossen worden, dar und erklärt es für eine Aufgabe des Verbandes, die christlichen Gesellen-Vereine zu stützen.

Stettiner Nachrichten.

—z. Stettin, 6. Januar. Verein junger Kaufleute. Den dritten Jahresbericht hielt gestern Abend im großen Saale des Konzerthauses Herr Privatdozent Dr. Georg Duth aus Charlottenburg über eine „Reise nach Ostibirien“, welche er im Jahre 1896 zum Zweck der Erforschung der Sprache und Geschichte des in Sibirien eingeborenen Stammes der Tungusen unternommen hatte. Zunächst schilderte der Vortragende in interessanter, fesselnder Weise die Eigentümlichkeiten und Beschaffenheiten der Reife durch Sibirien hindurch. So wie die Wasserwege und die durch Sibirien die Wälder führende große Pflanzstraße benutzten kann, sei das Reisen noch erträglich, aber auf den unergiebigen Landwegen auf federlosen Wagen, oft quer durch ziemlich reißende Flüsse oder Waldgebiete hindurch, sei es nicht nur beschwerlich, sondern auch gefährlich zu reisen. Auf die streckenweise Fahrt auf der großen sibirischen Eisenbahn sowie auf mehreren Eisenbahnen schilderte Redner in anschaulicher Weise, dabei das langsame Fahren und den langen Aufenthalt auf den Stationen bemerkend. Von den Tungusen berichtet er, daß diese klein von Gestalt, außerordentlich zähe und gewandt, von Gemüth freundlich und gefällig, vor allem aber unbedingt ehrlich sind. Ihre Religion ist der Schamanismus. Sie sind von großem Muth und bei der Jagd, die ihre einzige Thätigkeit bildet, auch intelligent, sonst aber so ungebildet wie nur möglich. Ohne elementare Kenntnisse, weber Schrift noch Geometrie kennend, leben sie in dem fremden Reichen einen „Fürsten“, d. h. einen Steuereintreiber aus Petersburg. Herr Dr. Duth gelang es erst nach langen Bemühungen und ständigem Umgang mit ihnen, mehrere Märchen und Lieder ihres Stammes zu erwerben, von denen er einige gelegentlich des Vortrags zum Besten gab. Das Gespräch der Tungusen besteht im Verkauf der Pelze der von ihnen erlegten Thiere; als Vermittler dienen ihnen die Goldwäcker. Sie erhalten für die Pelze Geld, Schmuckstücke und Branntwein. Der Genuß des letzteren ist ihnen bereits zur Gewohnheit geworden, er dürfte auch ihre allmähliche Entartung herbeiführen. Es wird nun Sache der jetzt mit ihnen in Verkehr tretenden Europäer sein, zu verhindern, den Volkstamm in ihren Eigenschaften zu gewinnen und eifrig Handelsgeschäfte mit ihnen abzuschließen. — Der lehrreiche Vortrag, welcher durch eine Reihe von Lichtbildern erläutert wurde, fand reichen Beifall.

* Für die am Montag, den 9. Januar, Vormittags 10 Uhr, unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Fabricius beginnende erste diesjährige Schurjurisprudenzperiode sind als Geschworene einberufen die Herren Kaufmann Friedr. Gieseler, Kaufmann Heinrich Hausb., Kaufmann und Konsul Richard Krüger, Rentier Ernst von Knobelsdorff, Kaufmann Franz Manstein, Schiffskapitän Albrecht Sprenger, Maurermeister Aug. Schroeder, Kaufmann Jos. Siebe, Juwelier Max Schmitte, Nittergutsbesitzer Arthur von Winterfeld, Stadtrath Karl Wolff, sämtlich von hier, Holzhändler Berthold Greifenhagen, Hotelbesitzer Paul Wurms-Althaus, Nittergutsbesitzer Julius Witow-Stamm, Erblandmarschall Kurt von Flemming-Schnatow, königl. Domänenpächter Georg Graevenitz-Wilhelmshof, Konrektor Paul von Swinemünde, Oberverwalter Otto Horn-Ott Rassenheide, Gastwirt Kasse-Neumark, Klempnermeister Josef Krenzel-Pöhl, Rentier Fr. Krüger-Greifenhagen, Doppelbauer Johann Laß-Solzenhagen, Oberlehrer Wilhelm Mielke-Gary a. D., Bäckermeister Emil Mohrke-Patenwall, Kaufmann Heinrich Moeller-Greifenhagen, Bauhofbesitzer Karl Reinte-Paculent, Buchhalter Wih. Moeller-Paculent, Kaufmann Ewald Schmiemann-Fiddichow, Maler Rudolf Ballentin-Paculent und Branerbesitzer Ernst Wegner-Grabow a. D. Zur Verhandlung sind bisher folgende Straffälle angelegt: am 9. Januar gegen den Arbeiter Ferd. Sahnke aus Frauendorf wegen Meineids, am 10. gegen den Arbeiter Gottfried Gramke von hier wegen Raubes, ferner gegen das Dienstmädchen Alwine Weile aus Ribbenow wegen Kindesmords; am 11. gegen den Landwirth Otto Wendt, den Eigenthümer Karl Wendt und die Eigenthümerin Friederike Wendt aus Ferbendorf wegen Verbrechen gegen § 219 des Strafgesetzbuchs; am 12. gegen den Fleischerjungen Richard Lejndner und den Schiffsarbeiter Paul Schröder von hier wegen Raubes und Erpressung.

— Der Herr Ober-Präsident hat die Genehmigung erteilt, daß während des Jahres 1899 zum Besten der Stückenmüller Anstalten, wie zum Besten des St. „Salem“ Kollekten im Bereich der Provinz Pommern abgehalten werden dürfen.

— Obwohl Professor Selterich in Greifswald noch keine Erklärung abgegeben hat, ob er den an ihn ergangenen Ruf an das zweite Ordinariat der Chirurgie der Universität Kiel annehmen wird, nennt man bereits als seinen Nachfolger Professor Bier, den bisherigen Assistenten des Professors O. Semmich in Kiel.

— Bei den letzten Stadtvorordnetenwahlen in Kolberg wurde auch Professor Neumann vom dortigen Gymnasium gewählt. Von Seiten des Provinzial-Schulkollegiums ist demselben die Genehmigung zur Annahme des Amtes verweigert worden.

— Die Wahl des zweiten Bürgermeisters Palaste in Stolp i. P. zum Bürgermeister der Stadt Stölpe a. M. für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren ist Allerhöchst bestätigt worden.

— Im königlichen Bezirks-Kommando Stettin finden die Schifferkontrollverfahren am 20. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Stettin auf dem Hofe des Bezirkskommandos und am 21. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Böhl bei Hotelbesitzer Jüßke statt. Zu diesen Kontrollverfahren haben sämtliche schiffsfahrttreibenden Mannschaften der Reserve, Land- und Seewehr 1. Aufgebots, der Ersatz-Reserve und Marine-Grav-Nejere zu erscheinen.

— Am Dienstag, den 10. d. M., wird am Vormittag das 1. pommerische Feld-Artillerie-Regiment Nr. 2 ein Schießen mit scharfer Munition auf dem Stedover-Platz abhalten.

Das gefährdete Gelände wird begrenzt von dem Weg Stettin-Kolchow vom Schauffehaus aus, Bornwer Glandeb, Unterförsterer Sammelhof, Bölschendorf-Brunn-Kreidow. Die Chauffehaus Stettin-Kolchow sowie der Weg Bölschendorf-Brunn-Kreidow werden für den Verkehr offen bleiben. Das gefährdete Terrain wird durch Militär-Posten abgesperrt werden, denen unweigerlich von Jedermann Folge zu leisten ist. Das gefährdete Gelände ist durch Posten abgesperrt. Es wird besonders gewarnt, nichtzupringende Geschosse zu berühren, da eine nachträgliche Explosion solcher schon erfolgen kann, wenn die Lage derselben irgendwie verändert oder gar darauf gestoßen oder gehämmert wird. Der Fundort derartiger Geschosse ist vielmehr unverzüglich dem Militär-Kommando anzuzeigen. Ferner wird gewarnt, sich auf dem Wege liegenden Munitionstheile anzuzeigen, da der Verstoß sich hierdurch nicht allein des Vergehens des Diebstahls, sondern eventl. auch des Verstoßes militärischer Geheimnisse (Geetz vom 3. Juli 1893) schuldig macht.

— Die schwedische Regierung hat beschlossen, daß vom 1. Mai ab die Dampferverbindung Kelleborg-Saknis eine täglich zweimalige sein soll.

— In Krankenkassensachen hat das Dresdener Oberlandesgericht eine bemerkenswerthe Entscheidung getroffen. Ein Tischler Müller gehörte der Gemeinde-Krankenkasse an. Er war arbeitsunfähig geworden, was ihm auch von zwei Kassenzurückgekauft wurde. Trotzdem arbeitete er in einer Fabrik, wenn auch nicht so regelmäßig wie sonst, während der etwa viereinhalb Wochen dauernden Krankheit weiter und verdiente in dieser Zeit 78 Mark. Zugleich erhob er aber auch das statutarisch festgesetzte Krankengeld. Wegen dieser Manipulation wurde gegen Müller das Strafverfahren wegen Betrugs eröffnet, und Schöffen wie Landgericht verurtheilte ihn auch deswegen. Gegen dieses Urtheil war Revision eingelegt, deren Begründung als zureichend anerkannt wurde. Der Strafsenat hob das Urtheil auf und sprach den Angeklagten Müller frei. Die Urtheilsgründe gehen dahin, daß die ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit den Anspruch auf die statutarische Geldunterstützung seitens der Krankenkasse, welcher der Betreffende angehört, an sich und unter allen Umständen begründet. Der Begriff der Arbeitsunfähigkeit sei nicht gleichbedeutend mit Arbeitsunfähigkeit, sondern belege nur, daß ein arbeitsunfähiger Kranker durch Weiterarbeiten seinen Zustand verschlimmert oder die Genesung aufhält. Gegen so verfahren Mitglieder, welche auf diese Weise eine Kasse schädigen, kann diese aber nur auf dem Wege statutarisch zu bestimmender Ordnungsstrafen vorgehen oder solche Leute in einer Krankenkasse unterbringen. Eine strafrechtliche Verfolgung sei dagegen aus dem zuerst angeführten Grunde ganz ausgeschlossen.

* Während des Monats Dezember 1898 gingen bei der Zentralstelle für Hilfsbedürftige und Arbeitsnachweise — Klosterhof 12 — 229 Gesuche bzw. Meldungen ein. Es wurden 37 Hilfsbedürftige mit Mittageisen, 2 mit Brod und 141 mit Abendbrod, Nachtlager und Morgenbrod unterstützt, 1 wurde dem Spezialverein und 19 den Innungen überwiesen, dagegen 12 Gesuche als unbegründet abgewiesen. Arbeitsgesuche gingen 9, Arbeitsgesuche 8 ein; in 20 Fällen konnte Arbeit nachgewiesen werden.

* Der bis Ende März 1903 an die in Konstantin geordnete Firma Moritz Wendelschloß Nachvermietete Laden im alten Rathhause wurde heute Vormittag im Geschäftszimmer der Dekommissionation erneut ausgeteilt, es waren jedoch keine Mieter erschienen.

* Heute Vormittag um 10 1/2 Uhr wurde durch eine aus dem Freihafen abgegebene blinde Fernmeldung eine Alarmsirung beider Feuerwehren veranlaßt.

* Auf der grünen Schanze wurde gestern Abend ein älterer Mann von einem Schützen tödlich verwundet und am Kopf nicht unerheblich verletzt. Feuerwehrmänner legten dem Verunglückten einen Verband an.

* Bei dem Produktenhändler Süßkind auf der großen Laube wurde vor einiger Zeit ein Einbruch verübt, und Metall, besonders Messing in beträchtlicher Menge gestohlen. Als Thäter wurden die Arbeiter Karl Schults und Paul Hing ermittelt und verhaftet.

* Aus einem Werkstatthaus auf dem Grundstück Gartenstraße 9 wurden in vorletzter Nacht vier Tischlerhebel im Werthe von 20 Mark gestohlen. Die Diebe sind wahrscheinlich durch eine unverschlossene Lücke eingestiegen.

Aus den Provinzen.

† Pritz, 5. Januar. In dem nahen Möllendorf geriet die Besitzerin Friederike Töbels mit den Kühen in die Drechsmaschine und wurden ihr nicht nur beide Beine gebrochen, sondern sie erhielt auch am Kopf schwere Verletzungen. — In Klein-Mischow brannte gestern das Grundstück des Tischlermeisters Prächter vollständig nieder.

* Patewall, 5. Januar. Das hiesige Hausbesitzer-Verein wählte für das neue Jahr wiederum Herrn Aderbesitzer A. Neumann zum Vorsitzenden.

[*] Straßburg, 5. Januar. Ueber das Vermögen des Schlächtermeisters Max Gottschalk, früher hier, ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist: 3. Februar.

Gerichts-Zeitung.

Berlin, 6. Januar. Ist Mangel ein Glücksspiel? Diese Frage wurde gestern in eingehender Weise vor der 133. Abtheilung des Schöffengerichts erörtert. Der Kassier Hellwig, Inhaber des Café Central in der Jerusalemstraße, sowie sein Kassier Paul Wolf waren beschuldigt, in einem öffentlichen Lokale Glücksspiele, und zwar „Poker“ und „Mauischeln“, gespielt zu haben. Es lag vielen der Stammgäste die unangenehme Pflicht ob, in dieser Sache als Zeugen erscheinen zu müssen. Zunächst wurde durch die Zeugenvernehmung festgestellt, daß im Café Central überhaupt nicht gespielt, sondern nur gemauischelt worden ist. Die Zeugen meinten aber nicht, daß die Angeklagten auf ihr Spiel geachtet hätten, da zuumeist etwa vierzig Tische belegt waren, an denen die verdächtigten Spiele gespielt wurden. Der Einsatz habe zwischen fünfzig Pfennig und drei Mark geschwankt. Jeder Spieler erhalte fünf Karten, und wer ein Spiel annehme, müsse zwei Tische machen. Verliere er, so habe er den doppelten Betrag des Einsatzes zu zahlen. Der Vorsitzende legte besonderes Gewicht darauf, daß mit „Poker“ gespielt worden sei, d. h. ob derjenige, der das Trumpf-Kart mit seinen Karten hatte, verpflichtet war, das Spiel anzunehmen. Die Zeugen betundeten übereinstimmend, daß dieser Zwang bei ihnen nicht eingeführt sei, es hatte jeder das Recht, Trumpf-Kart zu verpassen, erklär-

te sich es aber, daß dies selten jemand that, sondern in der Hoffnung, durch die vom Stamm entnommenen anderen Karten in die Lage zu kommen, noch einen zweiten sicheren Stich machen zu können, das Spiel annahm. Als Sachverständiger wurde Kriminalkommissar v. Mantuffel benannt. Er erklärte, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts das Mauischeln kein Glücksspiel sei, wenn es ohne Zwang gespielt werde. Denn es geböre in diesem Falle immerhin eine Art Berechnung dazu und nicht der Zufall allein sei ausschlaggebend. Der Staatsanwalt beantragte unter diesen Umständen die Freisprechung der beiden Angeklagten, deren Verteidiger, Rechtsanwalt Leonh. Friedmann und Rechtsassistent, noch verschiedene thatsächliche und rechtliche Gründe anführten, aus denen eine Freisprechung erfolgen müsse. Der Gerichtshof erkannte nach den Anträgen.

Pofen, 5. Januar. Ein umfangreicher Diebstahl und Betrugsprozeß begann heute vor der hiesigen Strafkammer. Angeklagt sind der Kaufmann Emil Frenken aus Berlin, alleiniger Inhaber der Firma Flatau u. Frenken, und dessen Prokurist Kaspar Karl Frenken. Als Verteidiger fungiren die Rechtsanwälte Flatau und Loewe II aus Berlin. Vor Beginn der Verhandlung erhob Rechtsanwalt Loewe den Einspruch der Unzuständigkeit des Gerichts, der Gerichtshof erklärte sich jedoch für zuständig, da die strafbaren Handlungen im hiesigen Gerichtsbezirk begangen seien. Die Angeklagten bestritten ihre Schuld und wurden nach längerer Verhandlung, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, freigesprochen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 6. Januar. Durch polizeiliche Vernehmung des Zupersondals wurde festgestellt, daß Professor Otto Harnack am 30. Dezember, Abends, den um 11 1/2 Uhr abgehenden Silexpreßzug nach München bestiegen und daß er am 31. Morgens, diesen Zug in München verlassen hat. Harnack ist sich von dort aus begeben, darüber fehlt noch jede Nachricht.

— Im Schwarzwald wüthet seit gestern ein Schneesturm; der Schnee liegt stellenweise meterhoch, wodurch der Bahnverkehr sehr erschwert wird. Ebenso wird aus Innsbruck gemeldet, daß seit vorgestern fast ununterbrochen Schneefall herrscht. Auf Arlberg liegt Schnee, in Sankt Anton 115, in Langen 130 Zentimeter hoch. St. Christof am Arlberg ist seit drei Tagen durch Lawinen vom Verkehr abgeschnitten.

— Das Kreuzer-Kreisgericht hat zur Zeit die Gültigkeit einer unter sehr seltenen Umständen geschlossenen zweiten Ehe einer Grundbesitzerin in Roggenburg zu überprüfen. Obwohl beide Ehepartner dieser Frau, Margarethe Gsch mit Namen, am Leben sind, kann dennoch von einer Doppelheirat nicht gesprochen werden. Der erste Gatte verstarb nämlich vor Jahren mit einer Vorerbschaft, und man fand die Leiche seiner damals am Ufer der Donau. Nach allgemeinem Dafürhalten lag ein Doppelselbstmord vor, und nach einigen Jahren beantragte die „Wittwe“ die richtige Todeserklärung des Verstorbenen. Auf Grund des üblichen Verfahrens wurde der Mann für todt erklärt und die Frau erhielt sodann ihren jetzigen Gatten. Nach mehrjähriger ungetriebener Ehe erschien jedoch eines Tages der todtgeklärte Gatte in Roggenburg und brachte auch die todtgeklärte Geliebte mit. Frau Gsch war über diese Nachricht völlig zerstückt; das Paaramt mußte jedoch hiervon die Anzeige erstaten.

Frankfurt a. M., 5. Januar. In der Maschinenhalle der elektrischen Lichtanlage des Kaiserpalastes am Opernplatz erfolgte heute Abend in Folge eines Schabens an der Gasleitung eine heftige Gasexplosion. Ein Maschinist und ein Arbeiter wurden anscheinend schwer verletzt im bewußtlosen Zustande in ein Krankenhaus gebracht; ein zweiter Arbeiter ist leicht verletzt.

Wien, 5. Januar. Die „N. Fr. Pr.“ meldet aus Vögen: Der 72jährige Bergführer Bernardo Mariano von Sagron, der 1882 die berühmte Erstbesteigung des Safo di Nur mit dem Wiener Hochtouristen Diamantini ausführte, wurde, nachdem er 25 Tage vermisst war, in einem schauerlichen Abgrunde erschmettert aufgefunden. Der Abstieg erfolgte bei der Gensjagd.

Peft, 6. Januar. In Iglo ist gestern ein Eisenbahnzug vollständig eingeklemmt, 200 Arbeiter sind bemüht, die Strecke frei zu machen. 60 Passagiere sind von jeder Verbindung abgeschnitten.

Gent, 5. Januar. Suchen hat vor einiger Zeit in wenig klarer Form Mittheilungen über Mischgübe gemacht, die er bei seiner That gehabt haben will, und Aeußerungen gethan, welche die Annahme zu bestätigen scheinen, zu welcher die Gensfer Gerichtsbehörden in der Frage der Mischgübe stets hingeleitet haben. Suchen hat aber keine genauen Angaben gemacht, welche es gestatten würden, Verhaftungen vorzunehmen oder gegen dieses oder jenes Individuum gerichtliche Schritte zu ergreifen; auch hat Suchen nichts von einem Individuum erwähnt, welches, wie eine Gensfer Meldung eines Wiener Blattes behauptet, damit beauftragt gewesen soll, beim Passiren der Kaiserin eine Bombe zu werfen.

Schiffsnachrichten.

Falmouth, 5. Januar. Der norwegische Dampfer „Fram“ rettete den Kapitän und 13 Mann der Besatzung des englischen Dampfers „Mokshire“, der von Cardiff nach St. Nazaire unterwegs war, sowie den Kapitän und 11 Mann vom französischen Dampfer „Duguesclin“, der auf der Fahrt von Rouen nach Swanea begriffen war. Beide Schiffe waren gestern, 17 Meilen von Trevelde Head entfernt, zusammengestoßen. Der „Duguesclin“ sank fast sofort, die „Mokshire“ wurde infolge von der Mannigfaltigkeit verlassen. Die „Fram“ überführte die Gensretten auf den Loostenfuter, der sie in Falmouth an Land setzte. Elf Leute von dem „Duguesclin“ sowie ein Heizer der „Mokshire“ sind ertrunken.

Bankwesen.

Paris, 5. Januar. Bankausweis. Baarborrath in Gold Franks 1811 540 000, Abnahme 11 086 000. Baarborrath in Silber Franks 1 195 173 000, Abnahme 12 420 000. Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 1 111 855 000, Zunahme 205 519 000. Notenumlauf Franks 3 943 562 000, Zunahme 133 342 000. Laufende Rechnung d. Brin. Franks 521 677 000, Zunahme 48 481 000. Guthaben des Staatsbank Franks 263 842 000, Abnahme 61 106 000. Gesamt-Vorräthe Franks 449 225 000, Zunahme 22 283 000. Zins- und Diskont-Verträge Franks 2 238 000, Zunahme 1 503 000.

Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarborrath 76,24 Prozent. London, 5. Januar. Bankausweis. Totalreserve Pfd. Sterl. 19 889 000, Zunahme 357 000. Notenumlauf Pfd. Sterl. 27 752 000, Zunahme 446 000. Baarborrath Pfd. Sterl. 30 341 000, Zunahme 1 003 000. Portefeuille Pfd. Sterl. 32 917 000, Zunahme 1 856 000. Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 39 488 000, Zunahme 3 209 000. Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 9 717 000, Zunahme 2 586 000. Notenerwerbe Pfd. Sterl. 17 466 000, Zunahme 547 000. Regierungssicherheit Pfd. Sterl. 14 824 000, Zunahme 3 524 000. Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 131,4 gegen 43 1/2 in der Vorwoche. Clearinghouse-Umlauf 233 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 10 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Januar. Wetter: Veränderlich. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 769 Millimeter. Wind: NW. Spiritus per 100 Liter à 100 % loco 70er 39,50 bez.

Berlin, 6. Januar. In Getreide re. fanden keine Notierungen statt. Spiritus loco 70er amtlich 40,60, loco 50er amtlich —.

London, 6. Januar. Wetter: Trübe.

Berlin, 6. Januar. Schluß-Kurse.

Consols 4 1/2 %	101,50	London kurz	—
do. 3 1/2 %	101,50	London lang	—
do. 3 %	94,00	Amsterdam kurz	—
Reichsbank 3 1/2 %	93,80	Paris kurz	—
Reichsbank 3 %	90,50	Belgien kurz	—
Reichsbank 2 1/2 %	90,50	Berl. Dampftraktien	127,00
Reichsbank 2 %	90,50	Rene Dampf-Comp.	—
Reichsbank 1 1/2 %	90,40	(Stettin)	106,00
Reichsbank 1 %	100,13	Chamotte-Fabr. M. & S.	—
Reichsbank 1/2 %	90,80	vorn. Didler	418,75
Reichsbank 1/4 %	93,50	„Union“, Fabr. chem.	—
Reichsbank 1/8 %	93,50	Produkte	142,00
Reichsbank 1/16 %	93,50	Bazinger Papierfabr.	191,00
Reichsbank 1/32 %	100,40	Söwver, Nähmachn.	—
Reichsbank 1/64 %	100,40	Fahrard-Werte	155,00
Reichsbank 1/128 %	100,80	4 1/2 % Hamb. Hyp.-Bank	—
Reichsbank 1/256 %	61,40	h. 1900 unt.	100,00
Reichsbank 1/512 %	41,10	3 1/2 % Hamb. Hyp.-B.	—
Reichsbank 1/1024 %	92,90	unt. h. 1905	09,00
Reichsbank 1/2048 %	99,10	Stett. Städt. 3 1/2 %	—
Reichsbank 1/4096 %	169,55	Ultimo-fourse:	
Reichsbank 1/8192 %	216,55	Disc.-Comptant	198,00
Reichsbank 1/16384 %	—	Berl. Handels-Gez.	167,20
Reichsbank 1/32768 %	—	Defect. Credit	226,10
Reichsbank 1/65536 %	—	Annuität Trust	179,10
Reichsbank 1/131072 %	—	Reichsmünzfabrik	232,40
Reichsbank 1/262144 %	81,05	Laurahütte	216,40
Reichsbank 1/524288 %	—	Sarpener	178,10
Reichsbank 1/1048576 %	—	Sibirien, Bergw.-	—
Reichsbank 1/2097152 %	—	Gesellschaft	187,50
Reichsbank 1/4194304 %	—	Dortmund Union	—
Reichsbank 1/8388608 %	—	Litr. C.	102,75
Reichsbank 1/16777216 %	—	Dispenz. Südbahn	97,00
Reichsbank 1/33554432 %	—	Wartensburg	82,50
Reichsbank 1/67108864 %	—	bahn	82,50
Reichsbank 1/134217728 %	—	Norddeutscher Lloyd	115,40
Reichsbank 1/268435456 %	—	Lombarden	27,20
Reichsbank 1/536870912 %	—	Franzosen	154,40
Reichsbank 1/1073741824 %	—	Unverz. Prinz-	—
Reichsbank 1/2147483648 %	—	Genubank	103,75
Reichsbank 1/4294967296 %	—	Leipzig: Felt.	